



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 20.01.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
am Dienstag, 25. Januar 2022, um 17:00 Uhr

Diese Ausschusssitzung wird als Online-Sitzung per Visavid durchgeführt.
Der Konferenzlink wird nach der Generierung zugesandt.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2021
2. 22-F-63-0004 ANLAGE zum Antrag

Wasserstoffproduktion in Wiesbaden - Bedingungen für nachhaltige Projekte unter Beteiligung der Stadt bzw. ihrer Gesellschaften

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -

Im Ausschuss für Mobilität am 02.12.2021 wurden durch Vertreter von ESWE Versorgung Pläne für ein „gesamstädtisches Konzept unter Federführung städtischer Gesellschaften“ mit dem Ziel eines Wasserstoff-Förderprojektes öffentlich vorgestellt. Teil dieser Überlegungen ist die Errichtung eines „Elektrolyseurs als dezentrale H₂-Quelle“ am Müllheizkraftwerk Wiesbaden, das derzeit von der MHKW Wiesbaden GmbH unter Beteiligung der ESWE Versorgung gebaut wird. Beabsichtigt ist, den Wasserstoff für den städtischen Fuhrpark u.a. von ESWE Verkehr zu nutzen bzw. ihn in das Gasnetz einzuspeisen.

Zweifellos wird Wasserstoff als Energieträger in Zukunft eine wichtige Rolle beim Klimaschutz und bei der Energiewende in einigen Bereichen unserer Wirtschaft, dem Verkehr und der Wärmeversorgung spielen.

Daher ist zu begrüßen, dass sich auch die Stadt Wiesbaden konkrete Gedanken über Produktion und Einsatzmöglichkeiten macht. Diese sollten sich jedoch an klaren wirtschaftlichen und klimaökologischen Bedingungen orientieren. So fordert der Nationale Wasserstoffrat¹, dass zur Herstellung von Wasserstoff möglichst Strom aus zusätzlich errichteten Windkraft- oder Solaranlagen verwendet werden soll, und dass der grüne Wasserstoff vorwiegend in solchen Bereichen eingesetzt wird, in denen eine Elektrifizierung nicht möglich ist oder erhebliche Nachteile mit sich bringen würde.

Mit Blick auf die städtischen Gesellschaften besteht Bedarf, Leitplanken für dieses und weitere Projekte im Themenfeld Wasserstoff zu definieren.

https://www.wasserstoffrat.de/fileadmin/wasserstoffrat/media/Dokumente/NWR_Aktionsplan_Wasserstoff_2021-2025_WEB-Bf.pdf

Daher wolle der Ausschuss beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung

- I. begrüßt die Überlegungen der städtischen Gesellschaften zur Produktion und Nutzung von Wasserstoff in Wiesbaden und möchte diese im wirtschaftlichen und klimaökologischen Sinne unterstützen;
- II. bittet den Magistrat, zusammen mit allen relevanten Akteuren potenzielle Produktions- und Nutzungsmöglichkeiten von Wasserstoff auf dem Stadtgebiet Wiesbaden bzw. in Kooperation mit anderen Kommunen zu sondieren. Geeignete Projekte unter Beteiligung der Stadt oder städtischer Gesellschaften sollen vor einer möglichen Umsetzung einer Bewertung nach folgenden Kriterien unterzogen werden. Dazu erhalten die Gremien einen zusammenfassenden Bericht.
 - a. Die ökologische Bewertung des Projektes von der Produktion bis zur Nutzung von Wasserstoff erfolgt gem. CO₂-Bilanz nach ISO Norm 14067². Dabei ist die gesamte Prozesskette von der Quelle der Energie zur Herstellung des Wasserstoffs bis hin zur geplanten Verwendung einzubeziehen und die CO₂-Bilanz über den Lebenszyklus der Produktionsanlage bzw. der Nutzungsdauer zu erstellen.
 - b. Die Projekte unter (a) sind der jeweils besten alternativen Lösung zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen sowohl hinsichtlich der CO₂-Bilanz als auch der finanziellen Auswirkungen gegenüberzustellen, um einen sowohl nachhaltigen wie auch wirtschaftlichen Ressourceneinsatz sicher zu stellen. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, soll dabei jeweils der energetische Gesamtwirkungsgrad über die Prozesskette hinweg ausgewiesen werden (wie z.B. bei Well-to-Wheel).

- c. Alle Projekte unter (a), die sich im Vergleich zur möglichen Alternative (b) als vorteilhaft erweisen oder bei denen es keine Alternative gibt, sollen in einem weiteren Schritt zu einer Wasserstoff-Gesamtstrategie für den Wirtschaftsstandort Wiesbaden zusammengeführt werden. Dabei ist der Austausch mit den hier ansässigen Industrieunternehmen wesentlich. Möglichkeiten der Einwerbung von Fördermitteln auf Landes-, Bundes- und Europaebene sollen systematisch genutzt und die Beteiligung an innovativen Pilotprojekten soll angestrebt werden.
- III. bittet den Magistrat, die Pläne zur Errichtung einer Erzeugungsanlage von Wasserstoff mit Hilfe des erzeugten Stroms aus dem geplanten MHKW Wiesbaden GmbH sowie die Nutzung dieses Wasserstoffs im Fuhrpark der Stadt und ihrer Gesellschaften bzw. zur Einspeisung in das städtische Gasnetz gem. den Kriterien unter II zu prüfen und das Ergebnis den Gremien vorzulegen.

2

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltinformationen_produkte_dienstleistungen.pdf

Siehe Anlage „Begründung und Hintergrundinformationen“

3. 22-F-63-0001

Nachhaltige Müllbeutel

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -

Die Coronapandemie und die deshalb für Schulen vorgeschriebenen mehrmals wöchentlichen Testungen haben in den Bildungseinrichtungen zu einem vermehrten Aufkommen von Restmüll geführt. Auch in anderen öffentlichen Einrichtungen kam es durch die Tests zu mehr Müll. Schutzmasken stellen hier ebenfalls einen Faktor bei der Müllvermehrung dar. Bei benutzten Masken und Tests gibt es das Problem, dass diese als medizinischer Abfall gelten und deshalb unbedingt in einem Müllbeutel entsorgt werden müssen. Die in städtischen Einrichtungen wie Schulen benutzten Müllbeutel sind nicht nachhaltig, da sie aus Erdöl hergestellt werden. Eine umweltschonendere Alternative stellen hier Müllbeutel aus recycelten Plastikabfällen dar. Sie werden je nach Hersteller aus in der Natur gesammeltem Plastik hergestellt und weisen dadurch und durch ressourcenschonende Herstellung einen kleineren CO₂-Fußabdruck auf als herkömmliche Müllbeutel.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

welche (Umwelt-) Kriterien derzeit bei der Beschaffung von Müllbeuteln gelten.

Der Magistrat wird gebeten,

dafür zu sorgen, dass zukünftig in allen Einrichtungen der städtischen Beschaffung Müllbeutel aus recyceltem Plastik eingesetzt werden.

4. 22-F-55-0001

Unterirdische Verlegung von Stromkabeln in Igstadt und Medenbach

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 19.01.2022 -

Aufmerksamen Bürger*innen sind Baustellen in den Ortsgemarkungen Igstadt und Medenbach aufgefallen, bei denen der Boden aufgerissen und unterirdische Stromkabel verlegt werden. Private Nachforschungen haben ergeben, dass es sich dabei wohl um die Verlegung einer Erdverkabelung für einen Stromanschluss der Tankstelle Medenbach für den dortigen Ausbau von Ladestationen für E-Autos durch ESWE-Versorgung handelt, welche größtenteils über bereits versiegelte Wege erfolgt.

Gleichzeitig plant die Syna GmbH bereits seit längerem, das Stromnetz in Wiesbaden auszubauen und sieht hierfür den Bau einer Stromtrasse, teilweise für exakt den gleichen Streckenabschnitt, vor. Während dies in Kloppenheim mittlerweile unterirdisch passieren soll, ist auf den Gemarkungen von Igstadt und Medenbach zu diesem Zweck die Errichtung mehrerer großer Strommasten geplant, die mit großer Wahrscheinlichkeit negative Auswirkung auf Landschaftsbild und ökologische Flächen haben werden. Zwar ist den Antragsteller*innen bewusst, dass es sich dabei um ein Starkstromkabel handelt und es bei der parallelen Verlegung von Stromkabeln zu Problemen mit Induktionsstrom kommen kann, dennoch ergeben sich aus dem Sachverhalt Fragen.

Daher wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ob vorab geprüft wurde, ob es (technische) Möglichkeiten gibt, die beiden o. g. Projekte zumindest streckenweise miteinander zu verbinden, dort wo es möglich ist, z.B. durch die Aushebung eines tieferen Grabens, durch den beide Leitungen parallel durchgeführt werden.
2. Falls ja, wieso davon abgesehen wurde und, sofern Induktionsstrom ein Grund dafür war, ob es auch andere (technische) Möglichkeiten gegeben hätte, diese Problematik zu lösen, als beide Projekte komplett unabhängig voneinander anzugehen.

5. 22-F-10-0001

Engpässe in der Abfallentsorgung, Fehlwürfe und Littering

- Antrag der AfD-Fraktion vom 18.01.2022 -

Laut Bericht von Jörg Nispel von Ecowin, am 2. November 2021 im Umweltausschuss, sind die gesammelten Abfälle der Wiesbadener zwar relativ sortenrein, doch gibt es noch immer Fehlwürfe.

Die größten Probleme sah Nispel darin, dass noch zu viel Papier im Restmüll landet.

Richtige Mülltrennung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass möglichst viele Abfälle recycelt werden können. Auf den ersten Blick scheint die korrekte Mülltrennung zwar ganz einfach, aufgrund der Fülle unterschiedlicher Abfälle und Materialien können einem bei der Sortierung des Mülls aber schon mal Fehler unterlaufen.

In einigen Stadtteilen sind vereinzelt einige Mülltonnen mit sogenannten Piktogrammen versehen. Diese zeigen, welcher Müll in die Tonne gehört, bzw. nicht. Hier ist kein einheitliches und flächendeckendes Konzept erkennbar. Mit einem solchen Konzept könnten die häufigsten Fehler leicht vermieden werden.

Auch das achtlose Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum gehört laut Ecowin zu den künftigen Herausforderungen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie wolle beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

I. der Magistrat möge berichten:

1. Im Stadtgebiet Wiesbaden gibt es vereinzelt Mülltonnen mit einem Aufkleber, auf welchem piktoGRAFisch dargestellt wird, welche Abfälle erlaubt sind oder welche nicht. Können Aussagen getroffen werden, auf wie vielen Tonnen dies der Fall ist und wie viele verschiedene Piktogramme verwendet werden?
2. Ist ein Konzept in Planung mit welchem die Stadt Wiesbaden die Fehlwürfe weiter reduzieren möchte?
3. Wie geht die Stadt Wiesbaden gegen das achtlose Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum vor? Ist in Bezug auf die Ahndung ein konsequenteres Konzept geplant?

II. der Magistrat möge ein einheitliches und flächendeckendes System einführen. Dieses umfasst eine einfache und einheitliche Darstellung der korrekten, auf die jeweilige Tonne abgestimmte, Müllentsorgung durch Piktogramme.

6. 22-F-63-0002

Eichen-Prozessionsspinner

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -

Im Zuge immer trockener werdender Sommer ist der Eichen-Prozessionsspinner in Deutschland weiter auf dem Vormarsch. Die Raupen bilden im Laufe ihrer Entwicklung Brennhaare aus, welche bei Hautkontakt allergische Reaktionen auslösen und beim Einatmen sogar zu Atemnot führen können. Dies ist besonders bei Eichen, welche in der Nähe von Freizeiflächen stehen gefährlich. Deshalb hat die Stadt Wiesbaden Maßnahmen ergriffen, um einen Massenbefall durch Eichen-Prozessionsspinner zu verhindern. Noch bevor diese ihre gefährlichen Brennhaare ausbilden können, werden die betroffenen Bäume mit einem speziellen Stamm des *Bacillus thuringiensis* besprüht, welcher die Raupen absterben lässt. Dieser ist allerdings auch schädlich für andere Insektenarten, weshalb die Anwendung nicht großflächig erfolgen sollte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen das Grünflächenamt der Stadt Wiesbaden ergriffen hat, um die Ausbreitung der Raupen des Eichen-Prozessionspinners einzudämmen.
2. welche alternativen Maßnahmen geprüft wurden, um die Ausbreitung der Raupen weiter zu verhindern.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

ob umweltschonende Maßnahmen, wie Bänder aus Schafswolle oder heißes Wasser für Wiesbaden geeignete Mittel sind, um die Ausbreitung der Raupen effektiv einzudämmen.

7. 22-F-64-0003

Schutzflächen für Feldhamster

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD vom 18.01.2022 -

Im aktuellen Bericht des Magistrats zum Sachstand der Feldhamsterschutzflächen in der Gemarkung Delkenheim ist deutlich geworden, dass die vorhandene 8 Hektar große Feldhamsterschutzfläche für eine erfolgreiche Wiederansiedlung bei Weitem nicht ausreicht, sondern, dass in einem deutlich größeren zusammenhängenden Lössboden-Gebiet weitere unterstützende Maßnahmen umgesetzt werden müssten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

1. welche landwirtschaftlich genutzten Wiesbadener Flächen zusätzlich zu der bereits in Delkenheim vorhandenen Schutzfläche geeignet wären, um durch extensive bzw. feldhamsterfreundliche Bewirtschaftung eine ausreichend große Gesamtfläche für eine erfolgreiche Wiederansiedlung des Feldhamsters zur Verfügung zu stellen.
2. welche personellen Ressourcen und finanziellen Mittel erforderlich wären, um ein aussichtsreiches Feldhamster-Wiederansiedlungsprojekt langfristig abzusichern.

8. 22-A-77-0001

Künstliche Beleuchtung - Auswirkungen und Management
- Präsentation des Umweltamtes -

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 20-F-05-0075

ANLAGE

Smarte Möblierung auf Wiesbadens Grünflächen

- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2020 -
- Bericht des Dezernates V vom 28.11.2021 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 25.01.2022 -

2. 21-F-15-0005

ANLAGE

Kampf gegen Zigarettenstummel!

- Antrag der Fraktion Freie Wähler / Pro Auto vom 08.09.2021 -
- Bericht des Dezernates IV vom 20.11.2021 -

3. 21-F-15-0008

ANLAGE

Strombedarfsprognose für Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 26.10.2021 -
- Bericht des Dezernates I vom 16.12.2021 -

4. 21-F-20-0023

ANLAGE

Sachstand Feldhamsterschutzflächen Delkenheim

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 07.09.2021 -
- Bericht des Dezernates V vom 12.12.2021 -

5. 21-V-40-0023

DL 01/22-11

Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)

6. 22-V-61-0001

DL 02/22

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Mainzer Straße, Bereich C, südlich des Siegfriedrings“ in den Ortsbezirken Südost und Biebrich

- Feststellungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 25.01.2022 -

7. 21-V-61-0031

DL 02/22

Bebauungsplan „Künstlerviertel - 1. Änderung“ im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn

- Entwurfsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 25.01.2022 -

8. 21-V-61-0046

DL 02/22

Wohnbauflächenentwicklung vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wiesbadener Straße / Carl-von-Linde-Straße“ im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 25.01.2022 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Maritzen
Vorsitzender